

Mit Herz und Verstand
für Greifswald!



CDU UNIVERSITÄTS-
UND HANSESTADT
GREIFSWALD

In dieser Ausgabe

Termine	1
Grußwort von Egbert Liskow	1
Warum Hilfen für Griechenland?	2
Tumult um das Technische Rathaus	3
Fotos	4,5
Richtungsweisende Signale zur Kreisgebietsreform	6
JU stellt sich neu auf	7
5. Schützenfest in Garz	7
JU gründet Hochschulgruppe	7
OV Wieck-Eldena wählt neuen Vorstand	8
Geburtstagsglückwünsche	8
Impressum	8

Termine

- 06.07.2010** | 19:30 Uhr | Alter Fritz
Stammtisch der Jungen Union
- 07.07.2010** | 08:00 Uhr | Demonstration
anlässlich der Kreisgebietsreform in Schwerin
- 09.07.2010** | 19:00 Uhr | Sommerfest
des OV Wieck-Eldena bei Christian Kruse
- 06.08.2010** | Hotel am Dom
Stammtisch des OV Innenstadt
- 03.09.2010** | Hotel am Dom
Stammtisch des OV Innenstadt
- 09.09.2010** | Klosterschenke
OV Wieck-Eldena Mitgliederversammlung



Liebe Unionsfreunde,

Die CDU Greifswald sieht wichtigen Entscheidungen entgegen. Am 7. Juli dieses Jahres wird der Landtag in Schwerin über die geplante Kreisgebietsreform abstimmen. Ich freue mich, dass der Innenausschuss Greifswald schon am 16. Juni als Kreissitz des Großkreises Südvorpommern in den Gesetzesentwurf aufgenommen hat. Wenn der Entwurf in dieser Fassung verabschiedet wird, wird damit ein Zeichen für starke Zentren und eine attraktive Kreisstadt gesetzt werden. Gerade Ihrem Engagement als Mitglieder ist es zu verdanken, dass die Stimme Greifswalds im Land wahrgenommen wurde. Dafür bedanke ich mich und wünsche Ihnen und Ihren Familien eine schöne Sommerzeit.

Mit freundlichen Grüßen

Egbert Liskow - Kreisvorsitzender

Warum Hilfen für Griechenland?

Am 07. Mai 2010 haben Bundestag und Bundesrat der finanziellen Unterstützung des EU-Landes Griechenland zugestimmt ("Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz").

Die griechischen Staatsschulden betragen derzeit 300 Mrd. Euro. Griechenland hat sich dadurch verschuldet, dass es am Kapitalmarkt Darlehen für eine bestimmte Laufzeit gegen einen festgelegten Zins aufgenommen hat ("Staatsanleihen"). Wenn diese zurückgezahlt werden müssen, dafür aber kein Geld vorhanden ist, werden neue Staatsanleihen aufgenommen. Dieses Vorgehen wird zum Problem, wenn die Märkte kein Vertrauen mehr in die Fähigkeit von Staaten haben, die Darlehen später auch zurückzuzahlen und aus diesem Grund keine Anleihen mehr kaufen.

Griechenland muss bis 2012 etwa 130 Mrd. Euro zurück zahlen. Da es nicht über die Mittel verfügt, muss es neues Geld leihen. Private Kapitalgeber sind jedoch nicht mehr bereit, Darlehen zu geben und somit ist Griechenland darauf angewiesen, das Geld von anderer Seite zu erhalten, wenn es einen Staatsbankrott vermeiden will.

Mit der Zustimmung zum Rettungspaket wird Deutschland über die Kreditanstalt für Wiederaufbau Griechenland in den nächsten drei Jahren Kredite in Höhe von 22,4 Mrd. Euro gewähren. Durch diese Maßnahme soll das Vertrauen in den Staat Griechenland, welches aufgrund des drohenden Staatsbankrotts in den letzten Monaten stark gelitten hat, wieder hergestellt werden. Mit den von Deutschland und den anderen EU-Staaten gewährten Krediten kann sich Griechenland kurzfristig auch ohne Marktzugang refinanzieren und fällige Kreditschulden zurückzahlen, so dass Griechenland auch weiterhin wirtschaftlich agieren kann und nicht vollständig zusammenbricht. Doch auch die Griechen leisten ihren Beitrag, um sich aus der Krise zu befreien. Bis 2013 will die griechische Regie-

Aus dem Bundestag berichtet Matthias Lietz



rung 30 Mrd. Euro im Staatshaushalt einsparen und ab 2014 die Stabilitätskriterien des Maastrichter Vertrages wieder erfüllen. Dies soll überwiegend durch Gehaltskürzungen und Einstellungsstopp im staatlichen Sektor, Erhöhung des Rentenalters, Lockerung des Kündigungsschutzes und Erhöhung der Mehrwertsteuer realisiert werden. Die Finanzhilfen der Euro Staaten und des Internationalen Währungsfonds sind an eine strikte Kontrolle geknüpft, die alle drei Monate durchgeführt werden wird. Nur wenn die griechische Regierung nachweist, dass die angekündigten Maßnahmen auch tatsächlich umgesetzt werden, fließt das Geld. Die Kombination aus Gewährung von Krediten sowie die einschneidenden und stark kontrollierten Sparmaßnahmen geben Griechenland eine reelle Chance, sich aus der aktuellen ausweglosen Situation selbständig zu befreien und einen Weg aus der Finanzkrise zu finden.

Tumult um das Technische Rathaus

Seit einigen Wochen geistern nun schon Gerüchte über das im Bau befindliche Technische Rathaus durch die Hansestadt.

Angesichts der unklaren Lage bildete die Bürgerschaft nun einen Untersuchungsausschuss, in dem auch vier Mitglieder der CDU-Fraktion vertreten sind.

Die genaue Begutachtung hat ergeben, dass es zwar tatsächlich zu Kostensteigerungen gekommen ist, diese sich für die Stadt aber weit weniger dramatisch auswirken als behauptet“, informieren die Vertreter. „Zudem hängen diese nicht nur mit vermeintlich schlechtem Management zusammen, sondern zum Beispiel auch mit Sonderwünschen wie dem nach einer Geothermieanlage.

Interessanterweise kommen derartig Wünsche gerade aus der Ecke derer, die gleichzeitig lautstark den Missstand beklagen und anderen dafür die Schuld in die Schuhe schieben.“

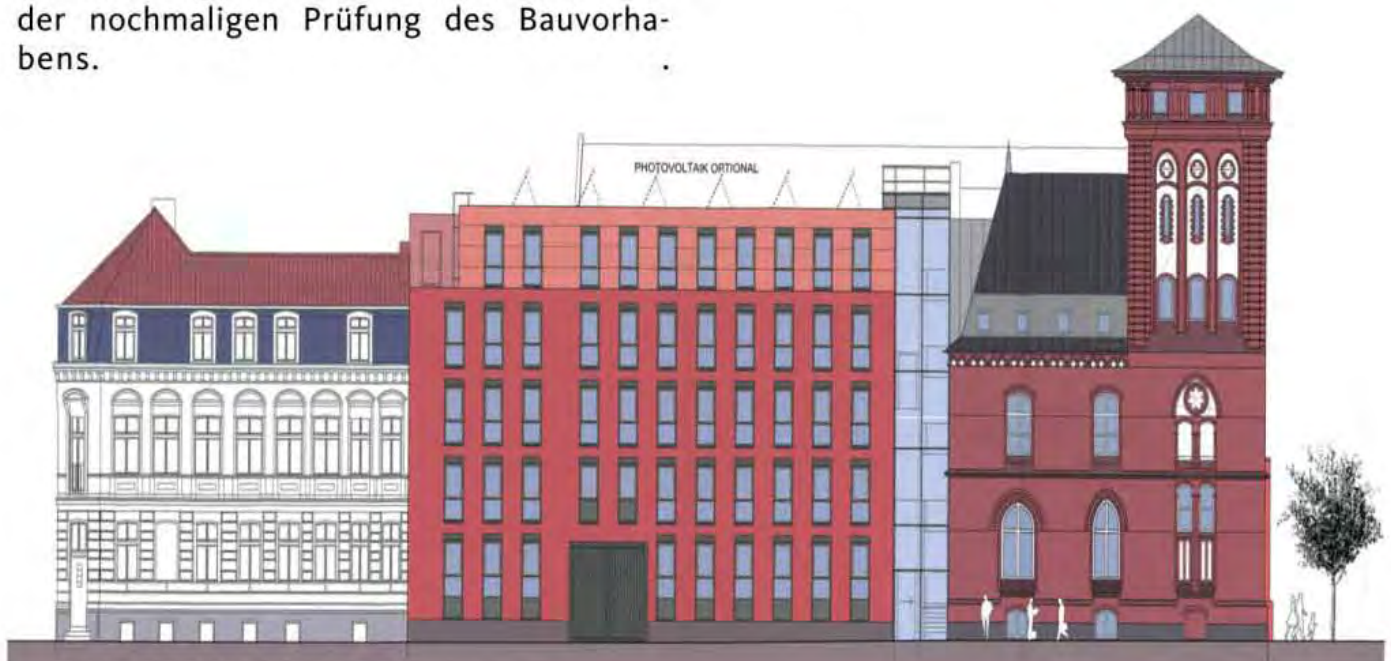
Überdies ergeben sich auch Chancen aus der nochmaligen Prüfung des Bauvorhabens.

Beispielsweise wird erwogen, das neue Verwaltungszentrum im „Open Office“-Stil zu gestalten.

Das brächte den Vorteil mit sich, dass mehr Mitarbeiter im Rathaus untergebracht werden könnten, die Investition sich mithin schneller lohnte. Ganz abgesehen davon, dass das Rathaus modern und zeitgemäß wirken würde.

Vorrangigstes Ziel muss den CDU-Vertretern in der Bürgerschaft zufolge aber sein, möglichst rasch die Bauarbeiten wiederaufzunehmen, gerade auch in Anbetracht eines baldigen Kreissitzes Greifswald. Daher sollen die Diskussionen über die Änderung von Teilen des Vorhabens mit wenig Zeitverlust zu Ende gebracht werden.

„Wir müssen geradlinige Ursachenforschung im Untersuchungsausschuss betreiben, aber deutlich machen, dass wir keine Verzögerungen über das notwendige Maß hinnehmen werden“, fassen die Bürgerschaftsmitglieder zusammen. „Denn das liegt im Interesse unserer Bürger, die den Umbau zum einen durch Steuern finanzieren und das Technische Rathaus zum anderen so bald wie möglich nutzen wollen.“







Richtungsweisende Signale zur Kreisgebietsreform

Vielen Greifswalder Bürgerinnen und Bürgern werden sie schon begegnet sein: Die engagierten CDU-Mitglieder mit den Unterschriftzetteln unter dem Motto „Für ein starkes Greifswald - Nein zu dieser Kreisgebietsreform!“ Und die meisten Bürger unterschreiben gern, ist die Position der Greifswalder zu diesem Thema doch geschlossen wie sonst nur selten.

Was schon die rot-rote Landesregierung versuchte, will die große Koalition nun vollenden. Die Verwaltungsstrukturen des Landes sollen entzerrt werden, Geld soll gespart werden, das hört sich vielversprechend an. Weniger vielversprechend fiel aber der Entwurf zur Umsetzung aus. Aus dem Land der weiten Wege soll ein Land der noch weiteren Wege werden, aber nicht nur das. Die Stellung der wenigen Leuchttürme unseres Bundeslandes sollte zumindest nach dem ersten Entwurf diese Leuchtturmfunktion weitestgehend aberkannt werden.

Während für andere Städte noch Sonderlösungen gefunden wurden, sollte Greifswald völlig leer ausgehen.



Nicht nur sollten die horrenden Schulden Ostvorpommerns und Uecker-Randows mit abbezahlt werden, Greifswald sollte den Kreissitz auch noch nach Anklam abgeben, das nicht einmal ein Viertel der Einwohnerzahl Greifswalds aufzuweisen hat. Das einzige Argument, das die Landesregierung vorzuweisen hatte, war die zentralere Lage Anklams. Nach dieser Logik dürfte Schwerin aber nicht Landes- und Berlin nicht Bundeshauptstadt sein.

Sowohl Greifswalder Bürger als auch Universität, Unternehmen und Forschungsinstitute nahmen das mit Entsetzen auf. Hätte schon der Verlust der Kreisfreiheit schwer genug gewogen, schien kaum vorstellbar, dass Greifswald, eine weltoffene Stadt der Bildung und Forschung, derart verlieren sollte. Schließlich stellt die Hansestadt das Aushängeschild Vorpommerns gegenüber dem Rest des Landes und Besuchern aus anderen Ländern allemal dar. Die meisten Touristen und Investoren würden sich wohl an der Kreisstadt orientieren, was im Falle Anklams fatale Folgen haben könnte.

Nachdem „Kreisfreiheitskämpfer“ Egbert Liskow schon auf verlorenem Posten zu stehen schien, kam am 16. Juni dann die Wende: Der Innenausschuss des Landtages folgte der Vernunft statt dem Regierungsentwurf und legte Greifswald als Kreissitz im Entwurf fest. Bleibt nur zu hoffen, dass auch die Landtagskollegen dieser richtungsweisenden Entscheidung am Tag der Abstimmung - dem 7. Juli - folgen werden.

JU stellt sich neu auf

Gut besucht war die Mitgliedervollversammlung der JU Greifswald am 3. Mai 2010 im Kontor-Keller, was nicht zuletzt auf die seit der letzten Versammlung stark gestiegenen Mitgliederzahlen zurückzuführen ist. Dabei wurden **Franz-Robert Liskow** als Vorsitzender, **Christian Weller** als Stellvertreter und **Gerd-Martin Rappen** als Schatzmeister in ihren Ämtern bestätigt. Ein neues Bild ergibt sich allerdings bei den fünf Beisitzern, die alle erstmals in den Vorstand gewählt wurden: Neben **Maximilian Wolf** und **Franz Küntzel** sind dies **Sebastian Keil**, **Tim Uplegger** und **Thorben Vierkant**.

Desweiteren wurde der unter Leitung von Maximilian Wolf ausgearbeitete Leitantrag „Zukunft der Kommunikation Das Internet“ nach Vorstellung und Diskussion einstimmig verabschiedet, um beim MV-Tag im Oktober nach langer Arbeit die letzte Hürde zu nehmen. Auch von Franz Küntzel vorgebrachte Anträge zur Beibehaltung des BWL-Diploms und der Lehrerbildung an der Uni fanden breite Zustimmung der Mitglieder.

„Ich bin zuversichtlich, dass wir mit dem neuen Vorstand noch zielgerichteter und gewinnbringender arbeiten können“, zog Alt- und Neuvorsitzender Liskow ein positives Fazit der Versammlung. „Gerade die Beisitzer ermöglichen eine effiziente Aufteilung der Aufgaben im Vorstand.“



Schützenfest in Garz



Am Samstag, den 12. Juni 2010, fand bereits zum wiederholten Male das Schützenfest der JU Greifswald in Garz/Usedom statt und erfreute sich auch in diesem Jahr großer Beliebtheit. Neben zahlreichen Julern waren auch Gäste aus dem Land und der CDU gekommen, so Egbert Liskow, der dem Fest schon als „Stammgast“ beiwohnte.

Neben dem Schießen boten sich zahlreiche Gelegenheiten zu gedanklichem Austausch gerade zwischen den Kreisverbänden, geselligem Beisammensein und politischer Diskussion. Gerade deshalb unterzeichneten auch zahlreiche Gäste die Unterschriftenlisten gegen die Kreisgebietsreform.

„Dass jedes Jahr mehr Greifswalder und Gäste aus dem Land zum Schützenfest kommen, zeigt, dass die JU Greifswald vor fünf Jahren die richtige Idee hatte“, resümierte Christian Weller, der mit einigem Abstand Schützenkönig wurde und damit an seinen erstmaligen Sieg im letzten Jahr anknüpfen konnte.

Eigene JU-Hochschulgruppe

Die Junge Union wird sich in der Hansestadt erstmals in der Hochschulpolitik engagieren. Daher wurde eine JU-Hochschulgruppe ins Leben zu gerufen, die bereits zwei AStA-Referenten und zwei Vertreter im Studierendenparlament stellt. Hintergrund sind erhebliche Querelen im RCDS, der zuletzt ein desaströses Bild in der Hochschulöffentlichkeit abgab und den daraufhin zahlreiche Mitglieder verließen. „Wir können nicht zulassen, dass Verbandsstreitigkeiten dazu führen, dass an der Uni keine konservative Politik mehr gemacht wird“, erklären die JU-Vorständler. „Jetzt übernehmen wir Verantwortung.“

